

Der Kalte Krieg und danach

Prof. Dr. Sven Papcke, geb. 1939 in Hamburg, Studium der Geschichte und Soziologie in Hamburg und London, lehrt seit 1974 Soziologie an der Universität Münster.

Das Telefon klingelt anhaltend neben einem Bett in der amerikanischen Botschaft in Tokio und weckt schließlich den siebzehnjährigen General Douglas MacArthur. Es ist sehr früh am Morgen dieses 25. Juni 1950. Der Offizier vom Dienst im Hauptquartier meldet, soeben sei eine Nachricht aus Seoul eingetroffen. Gegen vier Uhr früh an diesem Sonntag hätten nordkoreanische Verbände - 60 000 Mann mit einer Angriffsspitze bestehend aus 100 Panzern sowjetischer T-34-Bauart und Luftunterstützung durch Yak-Jäger - den 38. Breitengrad überschritten und die Republik Korea angegriffen. „Mich überließ es kalt“, berichtete der Oberbefehlshaber über die Streitkräfte der „Ver-einten Nationen“ im Koreakrieg später. „Neun Jahre vorher, am 7. Dezember 1941, auch an einem Sonntag, hatte mich damals in Manila gleichfalls ein Anruf geweckt: mit der Meldung vom japanischen Überfall auf Pearl Harbor.“¹

Die Konferenzen von Teheran, Jalta und Potsdam, die Verbrüderung mit den Sowjets in Torgau an der Elbe - das alles lag lange zurück. Im Fernen Osten mündete die Systemauseinandersetzung seit der frühen Nachkriegszeit in einen Schießkrieg, der erst im Juli 1953 nach unsagbar schwierigen Verhandlungen wieder beendet werden konnte, allein über 142 000 Soldaten aus den USA ließen ihr Leben in diesem Konflikt ohne Sieger, insgesamt waren es vier Millionen Menschen. Der Angriff auf Südkorea, von Moskau offenbar in Unterschätzung der westlichen Entschlossenheit zum Widerstand gebilligt, sah sich noch am gleichen Tag einstimmig vom Sicherheitsrat der UNO auf Long Island verurteilt, schien er doch alle Zweifel daran zu beseitigen, daß der Kommunismus die umstürzlerische Tätigkeit nicht mehr als einziges Mittel zur Eroberung unabhängiger Nationen ansah. „Ich war überzeugt“, schrieb Präsident Truman² rückblickend, „wenn man Südkorea fallen ließe, würden die kommunistischen Führer ermutigt werden, Nationen zu überrennen, die unseren eigenen Gestaden noch näher liegen.“ Der Kalte Krieg, seit 1947 in vollem Gange, erlebte als begrenzter Krieg in Korea einen Höhepunkt, und obschon im Ringen zwischen Ost und West auch später riskante Situationen auftraten, konnte seitdem eine militärische Konfrontation vermieden werden.

¹ Douglas MacArthur, Für Sieg gibt es keinen Ersatz, in: Readers Digest Nr. 2 (1965), S. 173 ff., hier S. 174.

² Zit. nach Waldemar Besson, Von Roosevelt bis Kennedy. Grundzüge der amerikanischen Außenpolitik 1933 -1963, Frankfurt am Main 1964, S. 160.

Wie alles anfang

Auch in Europa gab es Jahre nach Kriegsende noch keine Normalität. Ganz im Gegenteil, eher wurde alles schlimmer. Im Winter 1946/1947 suchte eine ungewöhnlich strenge Kältewelle den zerstörten und verarmten Erdteil heim, überall froren die Wasserwege zu, der Eisenbahnverkehr brach zusammen, und Kohle oder Holz zum Heizen war kaum vorhanden. Die Nahrungsration für die Menschen hierzulande betrug 1 550 Kalorien je Kopf und Tag. Das war der Mindestsatz, der nach Ansicht von Ernährungswissenschaftlern zur Erhaltung des Lebens gerade ausreicht. In einigen Gebieten der Westzonen traten vermehrt Hungerödeme auf. Der amerikanische Gutachter Herbert Hoover sprach in einem Bericht an Präsident Truman von einer „erbärmlichen Verfassung“, in der sich die Bevölkerung befand. Aber anderswo auf dem Kontinent war die Lage nicht besser, in Frankreich beispielsweise stagnierte die Versorgung, und was Hitlers Luftwaffe in England nicht vermocht hatte, das setzte nun die harte Jahreszeit ins Werk. Am sprichwörtlichen Schwarzen Montag, es war der 10. Februar 1947, kam infolge von Transportkrisen, Kohleknappheit und Strommangel die britische Industrie zum Erliegen, und das, obschon bereits sechs Millionen Leute Arbeit suchten. Die Insel war am Ende ihrer Möglichkeiten, London konnte seinen weltweiten Verpflichtungen nicht länger nachkommen und bat Washington um Hilfe.

Die internationale Politik wirkte ausgesprochen düster, von einem Krieg in Europa war wieder zu hören. Das Bündnis der Nazigegner hatte schon bald nach der Kapitulation Berlins ernste Schwierigkeiten, und eine Besserung der Beziehungen schien nicht in Sicht. So gingen die Außenminister der vier Mächte, die seit dem 10. März 1947 in Moskau tagten, nach 46 Tagen auseinander, ohne ein Schlußkommunique verabschiedet zu haben. Man hatte sich in keiner der drängenden Fragen einigen können. Das einzige Ergebnis war eine Klärung der Standorte. Vor allem Washington setzte hinfert entschieden auf den Wiederaufbau, um einen wirtschaftlichen und damit womöglich auch politischen Zusammenbruch des Alten Kontinentes zu vermeiden. US-Außenminister George Catlett Marshall, 66 Jahre alt, trug am 5. Juni 1947 in Harvard ein Hilf sprogramm vor. „Es ist nur logisch“, so führte der ehemalige Oberkommandierende der US-Streitkräfte in seiner Dankesrede zur Verleihung des juristischen Ehrendoktorgrades aus, „daß die Vereinigten Staaten alles tun sollten, um die Wiederherstellung gesunder Wirtschaftsverhältnisse in der Welt zu fördern, ohne die es keine politische Stabilität und keinen sicheren Frieden geben kann.“ Und der Politiker fügte hinzu: „Unsere Politik richtet sich nicht gegen einen Staat oder eine Doktrin, sondern gegen Hunger, Armut, Verzweiflung und Chaos.“³

Solche Großzügigkeit schloß nicht aus, daß dieses Angebot beiden Seiten helfen sollte. Auch die USA suchten durch die Hilfsmaßnahmen ihre Wirtschaft zu fördern und so den fälligen Wechsel von der Kriegs- zur Friedens-

³ Department of State (Hrsg.), Outline of European Recovery Program, Washington D. C. 1948, S. 30.

Politik zu flankieren. Dieser Nutzenaspekt hielt den englischen Labourpolitiker Ernest Bevin⁴ aber nicht davon ab, vom „most unsordid act of history“ zu sprechen. Und der deutsche Beobachter Gerhart Jentsch⁵ vermerkte einen „in der Geschichte seltenen Parallelismus der beiderseitigen Interessen“. Das traf ins Schwarze, denn wenngleich der Erfolg dieser US-Hilfe auch viel mit Wirtschaftspsychologie zu tun hatte, so stieg die Industrieproduktion in den geförderten Ländern bis 1952 bemerkenswerterweise um mehr als vierzig Prozent.

Die Sowjetunion und die von ihr kontrollierten Staaten Osteuropas waren in die amerikanische Offerte ausdrücklich einbezogen worden, trotz aller Reibereien zwischen den Großmächten rund um den Globus. Und das Angebot stieß nicht nur in Warschau, Belgrad oder Prag, sondern auch in Moskau anfangs durchaus auf Interesse. Sieht man von allerlei kaufmännischen Auflagen einmal ab, dann verlangte Washington vor allem, daß sich die Europäer selbst darüber zu verständigen hätten, wo und wie die bereitgestellten Mittel eingesetzt werden sollten.

Die Außenminister Englands und Frankreichs - Ernest Bevin und Georges Bidault - luden daher ihren sowjetischen Kollegen zu entsprechenden Beratungen ein, die am 27. Juni 1947 in Paris eröffnet wurden. Molotow kam auch mit großem Gefolge an die Seine, es wurde dann aber doch nichts aus einem gemeinsamen Vorgehen. Stalin pfiff seinen Außenminister noch während der Konferenz zurück und beendete damit den Versuch, Gesamteuropa wirtschaftlich-koordiniert auf die Beine zu helfen. Mit dem Auszug der Sowjets an jenem 2. Juli 1947, einem Mittwoch, vertiefte sich auch die ökonomische Spaltung des Kontinentes. Unter ihren Folgen werden wir noch zu leiden haben, lange nachdem die politische Teilung beseitigt ist, die mit der militärischen Abschottung der von der Roten Armee besetzten oder von Moskau-hörigen Parteien beherrschten Gebiete gleich nach Kriegsende einsetzte.

Die osteuropäischen Staaten mußten sich 1947 dem roten *Zaren* im Kreml beugen und ebenfalls auf Hilfe aus dem Marshallplan verzichten. So versammelten sich - noch ohne deutsche Vertreter - Mitte Juli 1947 in Paris nur westeuropäische Nationen, um über konkrete Schritte zur Besserung ihrer Lage zu beraten. Wenige Monate danach, im Dezember, bewilligte der amerikanische Kongreß als Soforthilfe die ersten 597 Millionen Dollar. Als ausschlaggebend für die spätere Zustimmung der keineswegs besonders zahlungswilligen US-Abgeordneten zum teuren Gesamtpaket der Hilfsmaßnahmen - dem „Economic Cooperation Act“ vom 3. April 1948 - erwies sich der kommunistische Staatsstreich in Prag, Ende Februar 1948. Der Eiserne Vorhang war endgültig in jener Linienführung vorgezeichnet, in der er für die nächsten einundvierzig Jahre als moderner *Limes* den Alten Kontinent zerschnitten hat, sieht man einmal vom späteren Zurückweichen Moskaus in Österreich ab, wo die Umwandlung der eigenen winzigen Besatzungszone in einen Satellitenstaat schwerlich lohnend gewesen wäre.

4 Zit. nach Time, The Marshall Plan: A Memory, a Beacon, vom 6. 6.1977, S. 14 f., hier S. 14.

5 Gerhart Jentsch, Der Marshallplan und Deutschlands Platz darin, Frankfurt 1950, S. 31.

Umkehr

Szenenwechsel von Paris nach Bonn: Wieder geht es um die wirtschaftliche Zukunft Europas, die Umstände haben sich inzwischen allerdings erheblich verändert. Nicht zuletzt durch die Langzeitwirkungen der Marshallplanhilfe sowie einer fortschreitenden Einigung Westeuropas zählt der frei gebliebene Teil des Alten Kontinentes jetzt zu den florierenden Wirtschaftszonen der Welt. Der Sowjetblock hat währenddessen stagniert und in Osteuropa gibt es daher seit vierzig Jahren nur eine Mangelverwaltung. Folglich ist eingetreten, was George F. Kennan schon in der frühen Nachkriegszeit behauptet hatte⁶: Sowjetrußland sah sich wegen interner Probleme gezwungen, seinen weit überdehnten Herrschaftsbereich zu räumen - und zwar ohne Krieg. Deswegen wollte der außenpolitische Berater Washingtons sein Konzept der Eindämmung übrigens politisch und wirtschaftlich verstanden wissen, nicht aber militärisch, worauf der Kalte Krieg im Alltag aber hinauslief. Im Rückblick rechtfertigt der Europafreund Kennan, Jahrgang 1904, seine damalige Isolationsstrategie mit der Illegitimität des Sowjetregimes als Herrschaft einer Kaste ohne Volk.⁷ Die „parasitäre“ Nomenklatura konnte einzig und allein durch den Verweis auf die zum großen Teil selbsterzeugten Bedrohungsängste einige Zustimmung erringen. Ansonsten stützte sie sich auf Gewalt in jeder Form, was wiederum langfristig gesehen die Brüchigkeit dieser Regierungsweise besiegelte, weil derart Modernität und somit die Freisetzung der Kreativität der Bevölkerung in einer offenen Gesellschaft nicht zu pflegen und somit auch die Konkurrenz mit dem Westen nicht durchzustehen war.

Mit Bajonetten kann man viel anfangen, soll Napoleon einmal gesagt haben, man kann nur nicht darauf sitzen. Was zu beweisen war, denn inzwischen hat sich im sowjetischen Einflußbereich gezeigt, daß das Zwangsmodell der Vergesellschaftung auf Dauer der Systemkonkurrenz nicht standhalten konnte. Wenn man so will, scheint Moskau nun mit einer Verspätung von einigen Jahrzehnten wieder nach Europa zurückzukehren und damit auch auf jenen Platz, den man im Juli 1947 in Paris so demonstrativ verlassen hatte. Ein bezeichnender Vorgang mag solche Rückkehr zur Pragmatik belegen:

Schlagen wir im Kalender den 19. März 1990 auf. An diesem Montag wird in Bonn die Wirtschaftstagung der „Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ eröffnet. Es handelt sich dabei um ein im Januar 1989 in Wien verabredetes KSZE-Folgetreffen - das erste über Fragen der Wirtschaft -, das in mehrwöchiger Sitzung über Verbesserungen des Geschäftsverkehrs, über die industrielle Zusammenarbeit sowie über Probleme der Währungspolitik, des Außenhandels und der Preisreform nachdenken soll. Vertreten sind in der Bundeshauptstadt neben Kanada und den USA diesmal alle europäischen Staaten außer Albanien, das der KSZE bislang nicht beigetreten ist. Insgesamt rund 2 000 Teilnehmer sind angereist, darunter mindestens 20 Minister. Was vielleicht noch wichtiger ist: ungefähr ein Drittel der Anwe-

⁶ George F. Kennan, The Sources of Soviet Conduct, in: Foreign Affairs 25 (Juli 1947), Nr. 4, S. 566 ff.

⁷ George F. Kennan, Impressionen eines Lebens, Düsseldorf u. a. 1990.

senden kommt aus der Wirtschaft. So kann das Treffen zur Anbahnung geschäftlicher Kontakte genutzt werden, denn diese größte Wirtschaftskonferenz zwischen Ost und West aller Zeiten will praxisnah sein. Und die Vorzeichen sind günstig für ein solches Vorhaben, denn die Tagung findet zu einer Zeit statt, in der vor aller Augen die Nachkriegsepoche ausläuft, auch „die Trennung Europas geht ihrem Ende entgegen“, erläutert Bundesaußenminister Genscher den Delegierten.⁸ Zumindest die konfrontative Phase scheint der Vergangenheit anzugehören, seit sich im vorausgegangenen Jahr der „Ostblock“ aufzulösen begonnen hat. Und jetzt, in einer Etappe neuer Kooperationsbereitschaft, offenbart sich nicht nur das Modell der Kommandowirtschaft als ruinös, das Osteuropa nach dem Krieg aufgenötigt worden war. Jetzt, nachdem der Sowjetismus am Ende ist und der östliche „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (RGW) zerbröckelt, der vom Volksmund wohl nicht ohne Grund „Rat gegenseitigen Widerwillens“ getauft wurde, bietet sich für Europa erneut die historische Chance, gemeinsam einen kontinentweiten Wirtschaftsbereich zu gestalten. Die Planwirtschaft ist gescheitert, Zukunft verspricht nur das freie Unternehmertum - so lautet der hoffnungsvolle Konsens im Frühjahr 1990. Damit gerät die Mammutveranstaltung am Rhein in den Worten des seinerzeitigen Wirtschaftsministers Haussmann unversehens zu einer „Lernveranstaltung in Sachen soziale Marktwirtschaft“.⁹

Erstaunlich ist schon die Tatsache, daß alle Teilnehmer das knapp 14seitige Schlußdokument unterzeichnet haben, als die Konferenz am 11. April endet. Solche Einmütigkeit war bei keiner der vorangegangenen KSZE-Konferenzen zu beobachten. In dem Bonner Abschlußpapier bekennen sich die fünfunddreißig KSZE-Staaten nicht nur zur Marktwirtschaft und zur Konvertierbarkeit ihrer Währungen, sondern auch zum Parteienpluralismus und zur Rechtsstaatlichkeit. Damit aber vertreten sie Prinzipien der politischen Moderne, die mit jenem Staatsterrorismus unvereinbar sind, der jahrzehntlang halb Europa erstickte und den Rest des Erdteils in Angst versetzte. Drei Monate später wird bei einem weiteren Folgetreffen über Menschenrechtsfragen in Kopenhagen dieser Abschied von der Vormoderne von den teilnehmenden Nationen noch einmal feierlich bestätigt.

Systemkonflikt

Es ist wahrlich eine glückliche Wende, die Europa 1990 trotz aller bevorstehenden Übergangsprobleme erlebte und über deren Folgen ebenso wie über deren Ursachen es nachzusinnen gilt. Denn wengleich auf westlicher Seite mit der erstmals gleichermaßen von Konrad Adenauer wie Kurt Schumacher vertretenen *Magnettheorie* durchaus eine Vision der Überlegenheit einer freien Wirtschaftsgesellschaft gegenüber der Befehlsökonomie im Osten gepflegt wurde, so war doch der Zeitgeist seit langem kleinmütig geworden und hatte an eine Öffnung der Weltpolitik nicht mehr recht glauben mögen.

⁸ Zit. nach FAZ v. 12. 4. 90, S. 1.

⁹ Zit. nach FAZ v. 10.3.90,3.13.

Man hatte es sich daher nicht nur hierzulande in den Ausweglosigkeiten des Kalten Krieges bequem gemacht, dessen ursprüngliche Frontstellung aus den Augen verloren wurde in dem Bemühen um Entspannung um jeden Preis.

Durchaus mit Blick auf „die neuen Faktoren der Weltpolitik“ hat der amerikanische Politiker Robert McNamara, geboren 1916, daher noch einmal an die „moralische Dimension“ der Systemauseinandersetzung erinnert.¹⁰ Sie zeugte von dem festen Willen, die durchaus universellen Regeln der Menschenrechtstradition gegen totalitäre Anmaßungen aller Art zu verteidigen. Deswegen hat der amerikanische Historiker Arthur Schlesinger zutreffend davon gesprochen, daß der Kalte Krieg „das Ergebnis nicht einer Entscheidung, sondern eines Dilemmas“ war.¹¹ Denn die Wahrung der Menschenrechte verlangte, die in der Nachkriegszeit wo auch immer etablierten Gewaltverhältnisse prinzipiell nicht anzuerkennen. Und sie enthielt das Versprechen an die unterdrückten Völker, ihre unveräußerlichen Rechte auf Selbstbestimmung im Sinn zu behalten. Der Konflikt war also unvermeidlich, wollte der den Menschenrechten verpflichtete Westen durch die Anerkennung des politischen Gegenteils seine eigenen Grundsätze nicht selbst in Frage stellen und damit seine Lebensweise.

Zur Vermeidung von kriegerischen Auseinandersetzungen waren im atomaren Zeitalter allerdings Formen des diplomatischen Umgangs mit dem Widersacher zu pflegen, und das war schwierig genug. Sie schlossen aber das Zurückdrängen der Unfreiheit grundsätzlich nicht aus, was der oft mißverständene US-Außenminister John Foster Dulles in seinem Bestseller „War or Peace“ als unaufgebbare Linie der Politik des Westens bezeichnet hat.¹² Dieses *roll back* sollte zwar militärisch abgesichert sein, damit man im Ernstfall nicht ins Hintertreffen geriete, war ansonsten aber als nichtmilitärische Förderung politischer Selbstbestimmung konzipiert.¹³ Das ist nicht immer gelungen, vor allem verhielt sich auch der Westen politisch keineswegs immer stubenrein, man denke einzig an das problematische Auftreten Washingtons in Lateinamerika, bis heute.

Solches Fehlverhalten widerlegt allerdings nicht den grundsätzlichen Schutzbedarf der Menschenrechte. Dieser war, ist und bleibt ein hinreichender Grund für die Auseinandersetzung mit Systemen, die die Menschenrechte leugnen. Das zuweilen bedenkliche Verhalten auch demokratischer Länder auf der Bühne der internationalen Politik bekundet eher deren mangelnde Selbstkritik, wenngleich auch im Westen die moralische Empörung der frühen Nachkriegspolitik nach und nach in Vergessenheit geriet.

Man gewöhnte sich an den *Status quo* und verfiel überdies zunehmend einer Parzellierung der internationalen Interessenwahrnehmung. Um einmal ganz

10 Robert McNamara, *Der Friede, der aus der Kälte kommt*, Hamburg 1990, S. 81 ff.

11 Arthur Schlesinger, *The Origins of the Cold War (1967)*, in: ders., *The Crisis of Confidence*, New York 1969, S. 76 ff, hier S. 102.

12 Vgl. G. A. Craig, J. F. Dulles und die amerikanische Staatskunst, in: ders., *Krieg. Politik und Diplomatie*, Wien/Hamburg 1968, S. 335 ff.

13 Dazu noch immer Coral Bell, *Negotiation from Strength. A Study in the Politics of Power*, London 1962.

davon abzusehen, daß im Lauf der Zeit eine Geringschätzung der eher bei-läufig konsumierten Freiheiten zu verzeichnen war, die erst mit dem großen Aufbruch in Osteuropa von 1989 wieder an Gewicht gewannen. Plötzlich sahen sich die Kurzsichtigkeiten eines politischen Relativismus aufgedeckt, der zwischen Bundestag und SED-Volkskammer keinen Unterschied mehr machte.

Scheinstabilität

Warum hat man die Unzuträglichkeiten hingenommen, die lange Zeit mit dem Namen Jalta verbunden waren und für das Schisma in Europa standen, das im Frühjahr 1945 auf der Krim durch die ehemaligen Alliierten machtpolitisch fixiert wurde - festgeschrieben trotz einer anderslautenden „Erklärung über das befreite Europa“?

Man stelle sich vor, eines Tages steht die Wiedervereinigung vor der Tür - und dann sind wir vielleicht nicht zu Hause? Spöttisch hat der Kabarettist Wolfgang Neuss bereits 1964 die allseits beliebte Rede von den „lieben Brüdern und Schwestern im Osten“ abgetan, die letztlich folgenlos und vor allem ziemlich billig war, wie uns spätestens angesichts der heutigen Teilungs-beseitigungskosten auffällt. Mittlerweile hatte sich alle Welt und eben auch die hiesige Rheinbundmentalität an die Nachkriegszustände ebenso gewöhnt wie an die dadurch festgeschriebene Zweistaatlichkeit der Deutschen.

All das verbaute den Gedanken an einen wirklichen Wandel im Ost-West-Verhältnis; Änderungen schienen viel zu riskant, vor allem was die Lage im „Ostblock“ betraf. Dabei beruhte der gehegte und gepflegte *Status quo* weiterhin auf bedenklichen Asymmetrien - nicht nur in Europa - und damit auch auf der Benachteiligung ganzer Regionen, woran der frühere US-Präsidenten-berater Zbigniew Brzezinski bei seiner Schilderung des „Ringens der Supermächte um die Welt“ zu Recht noch einmal erinnert hat.¹⁴

Das ist aber noch nicht alles. Unter der Dunstglocke einer durch die Entspannungspolitik seit Mitte der sechziger Jahre einigermaßen normalisierten Nachkriegs„ordnung“ herrschten weiterhin untergründige Spannungen. Das eingespielte Abschreckungssystem, auf dem die diplomatischen Beziehungen seither ruhten, konnte jederzeit durch militärtechnische Neuerungen oder politische Verschiebungen instabil werden. John Newhouse hat mit Blick etwa auf die selbstgenerative Entwicklung der Waffensysteme nicht unzutreffend von einer „Dynamik des Irrsinns“ gesprochen.¹⁵ Deren Fragwürdigkeit läßt sich nicht nur an der emsigen Erzeugung immer effektiverer Zerstörungssysteme ablesen. So war im Zusammenhang mit der „Stationierungsdebatte“ international und ziemlich aufgeregt viel von deutscher Angst zu hören. Sicherlich ein Ausdruck für psychische und damit gegebenenfalls auch politische Labilitäten einer Krisenregion, die trotz oder gerade wegen beruhigender Reden von der Stabilität zu den hochgerüsteten Zonen der Welt zählt.

¹⁴ Vgl. Zbigniew Brzezinski, Planspiel, Erlangen 1989.

¹⁵ John Newhouse, Krieg und Frieden im Atomzeitalter, München 1990, S. 173 ff.

Unzuträglichkeiten

Dieser Aberwitz lehrte dabei nicht nur, aber vor allem gerade die Deutschen das Fürchten. Ab Mitte der fünfziger Jahre, etwa seit der Berliner Außenministerkonferenz vom Frühjahr 1954, beruhte die europäische Nachkriegsordnung auf der deutschen und damit eben auch auf der europäischen Teilung. Das ist so deutlich in Bonn kaum wahrgenommen worden. Zu sehr war man in der Vorstellung einer Art von Kollektivhaftung befangen und dachte eindimensional an die Überwindung der Gegebenheiten durch eine Politik der Bündnistreue, während sich der Zeitgeist an die Anerkennung der Lage machte, wie sie sich zehn Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa eingespült hatte. Mit untauglichen Instrumenten wie der „Hallsteindoktrin“ vom Herbst 1955 und ihrer Drohung mit Liebesentzug hoffte man sich hierzulande noch gegen diese Entwicklung stemmen zu können, obschon doch beispielsweise Winston Churchill schon Anfang der fünfziger Jahre von Bonn ein Ost-Locarno verlangte, was Außenminister Gustav Stresemann trotz seiner Bereitschaft zur Aussöhnung mit Frankreich bekanntlich 1925 abgelehnt hatte.

Erst die sozialliberale Koalition ging zwanzig Jahre später mit ihrer Ostpolitik auf dieses Ansinnen ein, wobei nun vom historischen *fait accompli* ausgegangen wurde, obschon die Rechtslage weiterhin das Gegenteil verlangte. Nach Egon Bahr handelte es sich im Rahmen einer „Politik der kleinen Schritte“ dabei um einen „Wandel durch Annäherung“, wie es hoffnungsfroh hieß, wobei nicht immer ganz deutlich blieb, wer sich eigentlich an wen annähern sollte. Stabilität hieß also seit langem das große Losungswort der Ost-West-Diplomatie, das Generalsekretär Gorbatschow beim Besuch von Bundeskanzler Helmut Kohl in Moskau noch einmal mit dem Verweis auf die Zeitläufte rechtfertigte, die immer alles gerichtet hätten.¹⁶ Ist aber nicht gerade die Geschichte als „*sä sacree Majeste le Hasard*“ (Friedrich der Große) anzusehen, von der nach einem trüben Wort von Hegel höchstens zu lernen sei, daß sich nichts aus ihr lernen lasse?

Tatsächlichkeitsanpassung

Was wunder also, daß alle Welt den Fall der Mauer und damit die Auflösung des Ostblocks nicht nur als Überrumpelung durch die Realität empfunden hat, sondern auch als Schock. Nicht etwa nur im Osten, sondern auch im Westen, wo man trotz anderslautender Bekenntnisse etwa zur deutschen Einheit und zur Selbstbestimmung Osteuropas die bestehenden Verhältnisse inzwischen liebgewonnen hatte. „Wenn das Eis bricht, dann kann es gefährlich werden.“ Frau Thatchers Bemerkung Ende 1989 war Paris offenbar ebenso aus der Seele gesprochen wie Den Haag oder Warschau; am raschesten noch stellte man sich in den USA auf die veränderte Lage ein. Zwar hatte schon Kanzler Erhard zu seiner Zeit in einer Regierungserklärung amtlich das „Ende der Nachkriegszeit“ beschworen und damit das Wirtschaftswunder und die

¹⁶Nach FAZ v. 26.10. 88, S. 3.

Beherrschbarkeit des Ost-West-Konfliktes seit der Entschärfung der Kubakrise gemeint. Das war 1965, aber eingetreten ist diese Epochenwende wohl erst als Wandel durch Aufbegehren, erst seitdem also die vielbeschworene Stabilität beiseitegefegt wurde durch den beharrlichen Ruf „Wir sind das Volk“.

Das Selbstbewußtsein der Demonstranten nicht nur in der DDR richtete sich dabei durchaus gegen die Zustandshüter in Ost und West. Erst jetzt könnte sich wirklich Stabilität in Europa herausbilden, nachdem die mühsam austarierte Zwangsordnung der Nachkriegsepoche entfällt durch den offensichtlichen Zusammenbruch eines der großen Konfliktpartner im Kalten Krieg. Vor aller Welt entpuppten sich die bisherigen Gegebenheiten im *cordon stalinnaire* als das, was sie eigentlich immer waren: als „Friedhofsrieden“, um mit Kant zu reden.

Alle Politik beruht auf dem Vergessen. Angesichts der Schrecken eines offenen Konfliktes und wohl auch mit Blick auf den eigenen Wohlstand hatte sich der Westen daher seit langem in dieser widersprüchlichen Stabilität wohnlich eingerichtet, indem die ursprünglichen Positionen, um die es im Ost-West-Konflikt einmal ging, schon allein darum in den Hintergrund traten, weil sie nicht zu erreichen waren. Im politischen Alltag schlug diese Haltung nach und nach um in einen Tatsächlichkeitskonformismus, dessen außen- wie sicherheitspolitische Kapriolen Hans Apel in einem politischen Tagebuch aus Bonn ausführlich geschildert hat.¹⁷ Seine Darstellung bezog sich nur auf die Sozialdemokratie, in den anderen Parteien sah es aber kaum anders aus. Die nachwachsenden Generationen konnten sich seit langem nicht mehr vorstellen, daß in Jalta und Potsdam mühsam und chaotisch begann, was sich im besonnenen Rückblick als Erfolgsgeschichte Westeuropas ausnimmt. Soziale Marktwirtschaft, Föderalismus, Demokratie, zwischenstaatliche Zusammenarbeit und so weiter lassen leicht die Anfänge in Kriegsgefahr vergessen. Nicht allein deshalb, weil sich laut Nietzsche nur auf einen eindeutigen Nenner bringen läßt, was keine Geschichte hat. Die Ausgangslage des Konfliktes zwischen den Supermächten war überaus undurchsichtig, obschon nach dem Ende dieses Ringes seine früheren Konturen klarer hervortreten, als sie den Zeitgenossen erschienen, die zudem durch die täglichen Sorgen in der eigenen Existenz befangen blieben.

Streitgeschichte

Der Kalte Krieg läßt sich durch die Gipfelkonferenzen von Jalta 1945 und Malta 1989 zeitlich eingrenzen, wenngleich sich der Konfliktstoff weniger bei den vielen vergeblichen Verhandlungsrunden seit der frühen Nachkriegszeit ansammelte als vielmehr in der Realpolitik, die bekanntlich auf Beschlußlagen wenig Rücksicht zu nehmen pflegt. Beispielsweise ging es um das Schicksal Polens, dessen Bevormundung Moskau gegen alle Absprachen

¹⁷ Hans Apel, *Der Abstieg*, Stuttgart 1990.

schon im Januar 1945 durchsetzte, indem es das kommunistische „Lubliner Komitee“ als neue Regierung des Landes anerkannte. Oder es sammelte sich Zündstoff an beim Streit um die Türkei, als mit einer Note vom 1. März 1945 die Sowjets anatolische Grenzprovinzen beanspruchten und eine Revision des Vertrages von Montreux über die Dardanellen forderten. Weiter wurde der Konflikt vertieft in der Auseinandersetzung um Persien, wo seit November 1945 sowjetische Truppen in Aserbaidschan kämpften und zu Ende des Jahres die nordiranische Stadt Täbris eroberten. All das und vieles mehr geschah, obschon in Jalta drei Greise von zusammen fast 200 Jahren souverän über das Geschick eines ganzen Kontinentes verfügt hatten, ohne sich um die Wünsche und Interessen der betroffenen Bevölkerungen zu kümmern.

Nach den Ereignissen des Jahres 1989 gilt das System von Jalta nicht länger, wenngleich die Großmächte in die Belange des Alten Kontinentes weiterhin eingebunden bleiben, wie das Treffen von George Bush und Michail Gorbatschow im Dezember 1989 vor Malta gezeigt hat. Beim Blick zurück im Zorn mag sich mancher Zeitgenosse gefragt haben, ob der Kalte Krieg umsonst gewesen ist. Hätte man den sowjetischen Herausforderungen lieber nachgeben sollen? Lohnte der ungeheure Aufwand überhaupt?

Man sollte sich allerdings hüten, nachträglich eine positive Gerichtetheit in den Wandel der Weltläufe hineinlesen zu wollen, den wir seit kurzem zu verzeichnen haben. Als sei das gute Ende vorprogrammiert. Das ist keineswegs der Fall, und ohne das Handeln der am härtesten betroffenen Osteuropäer würde die *Teilung Deutschlands* und damit die *Spaltung Europas* noch heute als der Weisheit letzter Schluß aller Diplomatie gelten. Man könnte etwa meinen, eine „Überwindung der Macht der Gewalt durch die Knappheit des Geldes“ (Luhmann) zu entdecken. Das ist aber eine systemtheoretische Glättung der wirklichen historischen Widersprüchlichkeiten. Auf dem Papier läßt sich der Geschichte des Kalten Krieges immerhin eine regulative Tendenz entnehmen. Denn erst, als die gegenseitige Abschreckungspotenz eine gewisse Kommunikationsbereitschaft erzwang, konnte eine Streitregulierung und darüber hinaus dann auch die weitergehende Entspannung geprobt werden. Diese beruhte zwar weiterhin auf der nukleargeschützten Stabilität des *Status quo*, ermöglichte zugleich aber doch neue Umgangsformen im internationalen Verkehr, etwa bei Absprachen über die Begrenzung der beiderseitigen Bedrohungskapazitäten.

Happy-End?

Fragen wir noch einmal: War alles vergeblich? War der Kalte Krieg nur ein Mißverständnis, gar ein tragischer Konflikt im Sinne von Hegel?

Ganz sicher sind in diesen viereinhalb Konflikt Jahrzehnten Energien und Ressourcen schrecklich vergeudet worden. Vergeudet als Folge der Lernunwilligkeit eines ideologisch fehlgeleiteten Systems, das die Moderne gründlich verschlafen hat. Aber wiederum ist auch mehr geschehen als das. Denn wenngleich es übertrieben selbstgerecht erscheint, von einem Triumph des

Westens zu sprechen, so zeigt sich doch, daß die Auseinandersetzung keineswegs sinnlos war. Vielmehr überzeugen am Ende die Prinzipien einer menschenwürdigen Gesellschaftsgestaltung. Gerade nach der Freiheitsrevolution im Osten wird also erkenntlich, worum es seit 1945 eigentlich ging. Die ideologische Gegenseite war in einem menschenverachtenden Irrtum der Funktioniärswirtschaft und Gewaltpolitik befangen, denn es war ihr nicht um die Meinungsfreiheit und das Wohlbefinden der Bevölkerung zu tun, sondern um Macht für eine Monopolpartei mit Wahrheitsgewißheit, die in freien Wahlen nie die Mehrheit erringen konnte, wie Stalin sehr wohl wußte.

Das Jahr 1990 brachte also nicht nur eine Wiederanknüpfung der inner-europäischen Beziehungen dort, wo Anfang Juli 1947 der Ostblock die Verhandlungen der Wirtschaftskonferenz in Paris verließ. Zu verzeichnen war offenbar auch die Rückkehr der Sowjetunion in die internationale Zusammenarbeit, alles in allem ihr verzweifelter Versuch, Anschluß an die Wirtschaftsmoderne zu finden. Das wirft allerdings Fragen danach auf, wie es jetzt weitergehen soll in und mit Europa.

Vorbereitet sind wir auf die neuen Herausforderungen kaum, da offenbar niemand die „Zerbrechlichkeit“ der politischen Gegebenheiten geahnt zu haben scheint, wie der amerikanische Publizist William Pfaff¹⁸ in seinen Überlegungen über das Abklingen der *pax americana* einigermmaßen erstaunt notierte. Was wohl auch damit zu tun hat, daß offenbar allerorten nur der Macht oder dem Interesse eine ausschlaggebende Rolle in der Politik eingeräumt wird, nicht aber der Moral, obschon kluge Beobachter wie der englische Diplomat und Historiker Harold Nicolson¹⁹ nachdrücklich auf den leisen, gleichwohl aber nicht zu unterschätzenden Einfluß des menschlichen Willens zur Verantwortlichkeit verwiesen haben.

Der Blick auf die Verhältnisse in Europa zeigt allerdings, daß auch die Nachkriegszeit nicht einfach sein wird. Denn das politische Ende des Kalten Krieges korrigiert keineswegs auch die jahrzehntelange ökonomisch-technologische Auseinanderentwicklung auf diesem Erdteil. Aber das West-Ost-Gefälle alle steht nun nicht mehr unvermittelt nebeneinander, abgeschottet durch eine unüberwindliche Mauer, vielmehr ist sein Chancenausgleich wieder in die Eigenverantwortung der Europäer gestellt. Man kann allerdings kein Gefühl der Zusammengehörigkeit mehr voraussetzen, sondern im Alltag der Kontakte muß die Gemeinsamkeit erst wieder geschaffen werden. Die Wirtschaftskooperation ist dazu ein wichtiger Schritt, sie weist aus sich heraus allerdings noch keine Wege in eine Zukunft der Zusammenarbeit.

Die Architektonik Gesamteuropas wird mithin noch weit schwieriger zu gestalten sein als das bisherige Einigungswerk Brüssels. Bei allem Streben nach Zusammenarbeit bleibt überdies zu bedenken, daß Vielfalt und nicht etwa Einfalt den Charakter Europas ausmacht. Dennoch sind verbindende

18 William Pfaff, *Die Gefühle der Barbaren*, Frankfurt am Main 1989, S. 9.

19 Harold Nicolson, *The Congress of Vienna. A Study in AUied Unity: 1812-1822*, London 1948, S. II f.

Wertprinzipien unerlässlich für ein erfolgreiches Miteinander. Gelingen kulturelle ebenso wie wirtschaftliche Verbindungen, und begreift Europa, daß es nicht nur für sich selbst zu sorgen hat, sondern eine glaubwürdige Rolle in der Zusammenarbeit der Völker spielen sollte, die sich von seiner früheren Selbstdarstellung unterscheidet, dann (und nur dann) mag der britische Historiker Alan Bullock recht behalten mit seiner Freude über das Ende der Ära von Jalta, weil zumindest auf dem Alten Kontinent „das letzte Jahrzehnt des Jahrhunderts auch das erregendste von allen zu werden verspricht“.²⁰

Vom Ostwest- zum Nordsüd-Konflikt

Belege für die hohen Erwartungen an eine neue Ära der Weltinnenpolitik gab es im vergangenen Jahr immerhin genug. Erinnerung sei an die rasche Abwicklung der deutschen Einheit, die erfolgreichen Gipfeltreffen in Moskau, Washington und Helsinki, die Fortschritte der EG in Richtung auf die Währungseinheit und eine Politische Union sowie an die Organisation der Hilfe des Westens für Moskau und Ostmitteleuropa. Als Ausdruck dieser Wende zum Besseren läßt sich neben der „Gemeinsamen Erklärung von NATO und Warschauer Pakt“ (19.11.1990) vor allem die „Charta für ein neues Europa“ (21.11.1990) ansehen, mit der sich die 34 Staats- und Regierungschefs in Paris auf eine Reihe von friedenserhaltenden und entwicklungsfördernden Grundprinzipien des zukünftigen, nun eben gesamteuropäischen Zusammenwirkens verständigt haben.

Allerdings zeigten sich zur gleichen Zeit auch schon Gewitterwolken am Horizont der europäischen und internationalen Politik:

1. So hatte das schon als „Ende der Geschichte“ (Fukuyama) apostrophierte Wendejahr 1989 zur Folge, daß nun ältere Konflikte auf dem Alten Kontinent wieder aufzubrechen drohen, die bisher durch die ideologische Konfrontation überdeckt waren. Unter der Herrschaft des Sowjetismus sind in Osteuropa die dort ansässigen Feudaleliten verschwunden. Allerdings gibt es auch keine handlungsfähigen Bürgerschichten mehr, die Wirtschaft und Gesellschaft verantwortungsbewußt tragen könnten. Immerhin hat man dort so viele negative Erfahrungen mit der Diktatur gesammelt, daß künftig Rückfälle in vordemokratische Zustände hoffentlich vermieden werden können. Wenn allerdings auf Dauer die Wirtschaft stagniert und eine Lösung der vielen ethnischen Konflikte mißlingt, dann wäre durchaus der Rückgriff auf ältere „Sinnstiftungsmuster“ möglich, und Konflikthanlässe gibt es in den östlichen sowie südöstlichen Regionen des Alten Kontinentes in Hülle und Fülle. Vor allem muß die Sowjetunion selbst noch entkolonialisiert werden, und das könnte dort einen Rückfall in den „Spätstalinismus“ (Skuzbiszewski) bewirken, wie er sich ordnungspolitisch ebenso abzeichnet wie im Umgang der Zentralregierung mit dem auf Unabhängigkeit drängenden Baltikum.

²⁰ FAZv. 11.11.89. S. 27.

Westeuropa hat deswegen die Aufgabe, weit über die Regelung seiner Zusammenarbeit mit der EFTA hinaus, auch den Ländern des ehemaligen Ostblocks die Hand zur technologischen, finanziellen, politischen und organisatorischen Hilfe zu reichen. Das Risiko für Deutschland besteht darin, daß es zum Zahlmeister dieser Aufgabenerfüllung wird, weil andere Länder traditionellerweise an diesen Ländern kein besonderes Interesse haben, was sich auf dem Weltwirtschaftsgipfel im Juli 1990 in Houston (Texas) deutlich gezeigt hat; oder weil ihre Staatskasse leer ist.

2. Von einem Ende der Geschichte kann wahrlich nicht die Rede sein, nur weil der ost-westliche Ideologiekonflikt ausgeklungen ist. Ganz im Gegenteil, Europa kann wieder für Zwischentöne in der Weltpolitik sorgen, seit es aus der babylonischen Gefangenschaft des Kalten Krieges entlassen worden ist. Dazu aber muß es seine verschiedenen Instrumente stimmen und sich vor allem erst einmal seines eigenen Kluges im Konzert der Mächte vergewissern. Viel Zeit bleibt dazu nicht, wie die *jüngsten* Risiken der Weltpolitik beweisen. Man denke nur an Vorgänge wie das amerikanische Eingreifen in Panama (Dezember 1990), den Irak-Konflikt (August 1990), die Krise im Baltikum (seit Januar 1991), den Golfkrieg (seit Januar 1991).

3. Die Auflösung der Bipolarität erlaubte eine überraschende Wahrnehmung der ursprünglichen Funktion der UNO (Satzung, Art. 41 f.) und ihres Sicherheitsrates, die bislang „Mr. Njet“ (sprich Gromyko) und andere Politiker seit 1946 erfolgreich ausgehebelt hatten. Die Sicherheitsresolutionen seit Anfang August 1990 haben deutlich gemacht, daß eine weltgesellschaftliche Politik im Sinne einer Rechtsgemeinschaft vielleicht Boden gewinnen könnte, die für die der Völkergemeinschaft eine multilaterale Interventionspraxis gegen Friedens- und Freiheitsgefährdungen in den Bereich des Möglichen rücken würde. Das würde freilich voraussetzen, daß die gegenüber dem Irak angewandten Richtlinien und Rechtsregeln *generelle* Geltung erhalten müßten: beispielsweise gegenüber China (Tibet); Israel (besetzte Gebiete); Libyen (Tschad) - von den Untaten der unzähligen Dracularegimes in der Dritten Welt ganz zu schweigen.

Die Aussichten für den Weltfrieden sind durch das Ende der Systemauseinandersetzung keineswegs rosiger geworden, wenngleich sich die Konfliktfelder in den Süden und Osten zu verlagern scheinen. So könnte nun nach dem Ende des Kalten Krieges im Rahmen der weltweiten Fundamentalkrise (Umweltkatastrophe + Versorgungschaos) die Spannung zwischen Nord und Süd sowie zwischen Süd und Süd eskalieren. Menetekel gibt es genug, man denke an die Fundamentalisierung ganzer Weltregionen. Der Glaube an eine Welt ohne Konflikte wirkt selbst in Europa reichlich naiv - Stichwörter wie Jugoslawien, Rumänien, Armenien oder das Baltikum mögen genügen.

Aber auch wenn im Rahmen eines im zweiten Anlauf hoffentlich doch noch erfolgreichen Abschlusses der wichtigen GATT-Verhandlungen zukünftig Handelskriege vermieden werden können, die sich schon früher auch politisch

verheerend ausgewirkt haben, sind die Zustände überall in Bewegung. Denn auf mittlere Sicht ist die Bildung *regionaler Machtblöcke* (Existenz mehrerer Weltmachtzentren trotz handelspolitischer Verflechtungen und der Weiterfunktion internationaler Regelungsinstrumente wie UNO, KSZE und andere) sowie eine Zunahme der weltweiten *Wanderung aus der Peripherie in die hochentwickelten Zonen zu erwarten*.

Das zusammenwachsende Europa wird neben USA + Kanada + Mexiko; Brasilien + Umfeld; China; Indien + Einflußzone; Japan + Wirtschaftssphäre ein derartiger Machtfaktor einer zukünftigen Weltordnung sein. Betrachtet man den europäischen Nahbereich, also die Welt um das Mittelmeer, das europäische *māre nostrum* seit den Tagen der Antike, dann waren die Krisen in Algerien im Herbst 1988 und jüngst in Marokko - aber auch der im Golf-Konflikt in den Hintergrund der Aufmerksamkeit getretene Wasserkonflikt um Euphrat und Tigris zwischen der Türkei auf der einen, Syrien und Irak auf der anderen Seite - nur Vorspiele einer Entwicklung, die die Zukunft des Alten Kontinentes auf die eine oder andere Weise nachhaltig berühren wird. Denn die Länder, die sich um das südliche Mittelmeer gruppieren, erleben allesamt eine Bevölkerungsexplosion, deren Folgen sie aus eigener Kraft nicht bewältigen können. Die daraus resultierende Wirtschaftsnot wird die Stimmung in den arabischen Nationen nicht nur weiter fundamentalisieren; die Menschen werden auch nicht still vor sich hin verhungern wollen. Ihr natürlicher Anlaufhafen ist vielmehr Europa, wohin sollten sie sich sonst wenden? Es ist ein Europa, das im Überfluß schwelgt, aber zu vergreisen droht. Von ihm geht eine Art von doppelter Anziehungskraft aus, die aus der Verlockung des Wohlstands und der eines relativen Vakuums zusammengesetzt ist. Diese Anziehung strahlt weit nach Süden aus und ebenso in den verarmten Osten des Erdteils. Die Geschichte kennt keine leeren Räume, eine massive Nordwanderung aus den Gebieten vom Maghreb über Ägypten bis zur Türkei wird Probleme über Probleme aufwerfen, es könnte sogar ein Rückfall des eigenen Kontinentes in eine Dritte-Welt-Situation bevorstehen. Deswegen heißt schon heute das Gebot der Stunde:

- keine Waffenverkäufe in diese Region und in andere Problemzonen;
- keine Illusionen über eine Verfriedlichung der Weltinnenpolitik;
- Organisation einer europäischen Außen- und Sicherheitsstrategie;
- Verstärkung der Hilfe nach außen - auch für den arabischen Nahbereich -, um die Schwierigkeiten lösen zu helfen, ehe sie exportiert werden.

Sind wir Europäer, wir Deutsche solchen Herausforderungen gewachsen? Es bleibt zu hoffen, obschon bisher zumindest die bundesdeutsche Wahrnehmung der Welt reichlich provinziell und vor allem ziemlich saturiert wirkt. Solche Kleinkariertheit werden wir uns zukünftig ebensowenig leisten können wie unsolidarisches Verhalten im Rahmen der Weltwirtschaft, um von den vielen Laxheiten im Umweltbereich ganz zu schweigen. Und vor allem können wir nicht aus der Völkergemeinschaft aussteigen, wenn diese sich nicht im Sinne unserer verinnerlichten Gewaltlosigkeit verhält.

Gefragt ist vielmehr demokratieverpflichtetes verantwortliches Mitwirken in den internationalen Organisationen, das weder die Augen verschließt vor den Mißständen der Realität oder seine Privatmoral unterdrückt, das aber bereit ist, sich nach Kundtun der eigenen Meinung den Mehrheiten - etwa in der UNO - zu fügen. Das augenblickliche Entschlossenheitsmanko der Deutschen hingegen macht sie für die Weltöffentlichkeit einmal mehr unberechenbar.